



NEWSLETTER DEZEMBER 2021

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

das zweite Corona-Jahr neigt sich dem Ende und so langsam neigt sich auch diese Legislaturperiode dem Ende. Wir haben in diesen Tagen den letzten Haushalt der Regierung Laschet/Wüst beschlossen. Ich rede bewusst von der Regierung Laschet/Wüst, denn die Regierungsansprache des neuen Ministerpräsidenten hat es sehr deutlich gemacht: Er ist kein Erneuerer, sondern ein Verwalter des Laschet-Nachlasses. Seine Regierungserklärung verkam zu einem Rechenschaftsbericht der „alten“ neuen Regierung.

So gehe ich frohen Mutes in den anstehenden Landtagswahlkampf. Die Zeichen stehen gut. Aber davon lassen wir uns nicht blenden. Wir werden die Wahl nur gewinnen, wenn wir die Menschen in Dortmund – in Nordrhein-Westfalen erfolgreich davon überzeugen, dass wir die Partei sind, die die Probleme anpackt und Lösungen für eine bessere Zukunft hat. Dabei zähle ich auf Ihre und Eure Unterstützung. Wer mich im Wahlkampf unterstützen möchte – egal ob mit viel oder wenig Zeit und Erfahrung – ist herzlich willkommen im Team Butschkau!

Mach mit im Team Butschkau: anjabutschkau.de/mitmachen



Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butchkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butchkau.de



hatten, sehr gerne übernommen habe.

Geschlossen werden wir in den bevorstehenden Wahlkampf ziehen und die SPD in Dortmund zu alter Stärke führen.

Ich möchte auch in den nächsten fünf Jahren Verantwortung für unser Land und unsere Stadt übernehmen – am liebsten in einer starken SPD-geführten Regierungskoalition. Verantwortung, die ich im November auch für unsere Partei in Dortmund übernommen habe. Der Unterbezirksparteitag hat mich zur neuen stellvertretenden Unterbezirkvorsitzenden gewählt. Eine Verantwortung, die ich nach vielen Gesprächen mit engagierten Genoss*innen, die mich hierzu bestärkt

Jetzt tanken wir aber erst einmal in den nächsten Tagen neue Energie und gönnen uns über die Weihnachtszeit ein paar freie Tage. Mein Wahlkreisbüro ist deshalb erst wieder ab dem 03.01.2022 zu erreichen.

Ich wünsche Ihnen und Euch ein schönes und besinnliches Weihnachtsfest im Kreise der Familie und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Bleiben Sie/bleibt gesund und kämpferisch!

Ihre/Eure

Anja Buschan



Alles Laschet unter Wüst? Der neue Ministerpräsident

Olaf Scholz ist Bundeskanzler und ich freue mich riesig! Aber natürlich hatte das auch für NRW unmittelbare Folgen: Armin Laschet ging als Bundestagsabgeordneter nach Berlin und ein Nachfolger musste her. Nach langem Hin und Her in der CDU wurde es schließlich der damalige Verkehrsminister Hendrik Wüst. Jener Minister, der immer volltönend das Ende des Staus in NRW versprach, während wir alle wohl eher Erfahrungen mit Staus ohne Ende gemacht haben.

Trotzdem habe ich die ersten Tage und Wochen nach Wüsts Wahl zum Ministerpräsidenten am 27. Oktober gespannt beobachtet: Wüst gilt aus Gründen ja als unternehmensfreundlicher Hardliner und eher Rechtsaußen in der NRWCDU. Vor allem war und ist aber die Frage wichtig, ob mit Wüst endlich Verbindlich- und Verlässlichkeit in der Pandemiebekämpfung Einzug hält.

Bisher ist die Bilanz aber vorsichtig formuliert durchwachsen: In der einen Woche noch ein Fußballspiel mit 50.000 Zuschauern. In der nächsten Woche dann der Rückzug. Dann vorgeprescht mit Booster schon 4 Wochen nach der zweiten Impfung. Einen Tag später wiederum der Rückzug: Alles nur ein Missverständnis. Und gerade jetzt müssen wir lesen, dass sein Gesundheitsminister Laumann uns und vielleicht auch Herrn Wüst ein wenig beschummelt hat, was die Impfungen in den Seniorenzentren betrifft: Waren wir bisher davon ausgegangen, dass hier bereits 90% aller

Heimbewohner geboostert sind, rudert Minister Laumann jetzt zurück: Die Dritt-Impfquote betrage nur 70%. Er habe natürlich gemeint, dass 90% der Seniorenzentren mit Boosterimpfungen versorgt worden seien. Das ist natürlich überhaupt nicht dasselbe und in der aktuellen Situation mit der neuen Omikron-Variante hoffentlich nicht fatal, wenn diese die stationären Einrichtungen der Altenhilfe erreicht.

Insgesamt macht Wüst auf mich nicht den Eindruck, dass er seine Regierung, geschweige denn dieses Land, durch die Krise führen könne. Seine Schulministerin verstrickt sich wie eh und je in die widersprüchlichsten Aussagen und bleibt ihrem wechselhaften Kurs immer noch treu. Mal Maskenpflicht, dann wieder keine (aktuell wieder Maskenpflicht). Die Quarantäneregeln in den Schulklassen bleiben Stückwerk. Die Unzufriedenheiten bei Eltern, Kindern und Lehrkräften sind gewaltig. Zuletzt sorgte sie für Schlagzeilen mit ihrer Äußerung, dass eine Impfpflicht für das Lehrpersonal verfassungsrechtlich nicht möglich sei. Das hat alle etwas überrascht, Verfassungsrechtler*innen rieben sich verwundert die Augen.

Auch unter dem neuen Ministerpräsidenten Wüst sind wir also weiter auf der Suche nach Verlässlichkeit und Konsistenz. Beides brauchen wir dringend, denn wir alle sind müde und abgekämpft nach fast zwei Jahren Zick-Zack-Kurs in der Pandemie.

Mein Statement zu Hendrik Wüsts Regierungserklärung am 03.11.2021:



[instagram.com/p/CVOBL7 tha1](https://www.instagram.com/p/CVOBL7tha1)



Corona und die Schließung der Impfzentren

Seit September sind die Impfzentren in NRW geschlossen. Ein großer Fehler und ein Fehler mit Ansage. Seit Beginn der Pandemie ist die Landesregierung dem Geschehen und der Inzidenzkurve immer nur hinterhergelaufen. Zu Beginn war das verständlich: zu wenig war über das neue Corona-Virus bekannt, Erfahrungen mussten erst gemacht werden. Dennoch war Laschets Mantra des "Fahrens auf Sicht", das die Planlosigkeit zum Plan und zur Staatsräson erhob, schon vor einem Jahr schlicht falsch. Denn natürlich kennt niemand die Zukunft, vorsorgen muss man trotzdem. Das tun wir ja auch fürs Alter.

Die Impfzentren waren im vergangenen Jahr eines der wenigen wirklichen Erfolgsmodelle der Pandemiepolitik. Und sie waren Hoffnung für viele Millionen Menschen, dass wir die Pandemie bald hinter uns lassen. Gut 13 Millionen Impfungen wurden hier in wenigen Monaten verabreicht. Dass Gesundheitsminister Laumann unter dem Eindruck der niedrigen Sommerinzidenzen glaubte, die Impfzentren schließen zu können, ist mir bis heute unverständlich. Denn auf dem Sommer folgt der Herbst und damit die Hochzeit des Corona-Virus. Die vierte Welle war kein Hirngespinnst, sondern zu erwarten. Um das zu wissen, musste man kein Virologe sein. Und Vorsorge wäre möglich gewesen. Auch dass das Boostern nicht nur für einige besonders gefährdete Risikogruppen nötig werden würde, war bereits im Sommer absehbar. Die Gesundheitsministerkonferenz hat schließlich mit der Stimme von NRW bereits am 9. August entschieden, dass nach sechs Monaten geboostert werden sollte.

Trotzdem hat die Landesregierung zum wiederholten Mal auf das Prinzip Hoffnung gesetzt und damit wieder für Chaos und Frust beim Impfen gesorgt. Schließlich dauerte es nicht lange und die Inzidenzen stiegen trotz einer Impfquote von immerhin etwa 70% auf bisher ungekannte Höhen. Impfdurchbrüche mehrten sich und die dritte Impfung wurde unumgänglich. Die Hausärzte ächzten unter Überlastung. Doch selbst im November als das Chaos schon perfekt war, wurde unser Eilantrag zur Wiedereröffnung der Impfzentren wieder abgelehnt. Schlimmer noch:



Die Regierung Wüst hatte den Städten und Gemeinden bis zum 5. November sogar untersagt, in Impfbussen und an anderen Stellen Booster-Impfungen durchzuführen.

In dieser Situation waren es ein weiteres Mal die Kommunen, die mit kreativen Lösungen und auf eigene Initiative die Hausärzte mit Impfbussen und dezentralen Impfangeboten entlasteten. Für mich dennoch die größte Fehlentscheidung des Pandemiemanagements aus den letzten Monaten.

Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion NRW zum Thema Impfzentren: bit.ly/3H4p7ea

Haushalt 2022: Auf der Zielgerade wird die Landesregierung nervös

Schwerpunkt im zweiten Halbjahr war die Beratung des Landeshaushalts 2022. Der letzte vor der Landtagswahl und hoffentlich vorerst der letzte von CDU und FDP. Wie von einem Wahlhaushalt zu erwarten, wurde an bombastischem Selbstlob von Seiten der Landesregierung nicht gespart. Um nicht zu sagen: es wurde dramatisch übertrieben.

Wie schon im vergangenen Jahr lobt sich die Landesregierung für einen ausgeglichenen Haushalt - trotz Corona-Krise. Die Wahrheit ist natürlich, dass die Landesregierung die Krisenausgaben einfach in einen Sondertopf steckt, der nicht in die aktuelle Haushaltsbilanz einfließt. Selbstverständlich sind das aber Schulden, die das Land zu tragen hat. Darüber hinaus gönnt sich das Land einen großen Zuschuss aus Bundesmitteln für die Krisenbewältigung. Unseren Kommunen gönnt die Landesregierung das allerdings nicht: Sie müssen sich die Mehrausgaben vom Land als Kredit leihen. Angesichts der massiven Schuldenlast der Kommunen in NRW wirklich unverständlich, vor allem weil sich die Landesregierung sowohl unter Laschet als auch unter Wüst bisher einer Altschuldenlösung für die Kommunen konsequent verschließt. Aber das ist ein eigenes Thema.

Besonders unschön war, dass CDU und FDP eine Reihe von Änderungsanträgen einen Tag vor Verabschiedung des Haushalts im Landtag eingebracht haben. Darunter recht weitreichende Änderungen. Man merkt, dass die Landesregierung kurz vor der Wahl unter einem enormen Druck steht. So will die Landesregierung bis 2027 den Pflegefachkräften die Mitgliedsbeiträge für die höchst umstrittene Pflegekammer, die sich gerade in der Gründung befindet, erlassen und die Kammer selbst finanzieren. Warum das umstritten ist, lest Ihr/lesen Sie im Artikel zur Pflegekammer.

Eine parlamentarische Beratung, geschweige denn eine oppositionelle Kontrolle des Landeshaushalts, wurde so erheblich erschwert. Aber ich muss auch ehrlich sagen: Nach über 4 Jahren Schwarz-Gelb wundert mich nichts mehr.

Aus frauenpolitischer Perspektive habe ich mich über eine Sache besonders geärgert: Die Landesregierung lässt die Förderung der Kompetenzzentren Frau und Beruf auslaufen. Ein Projekt, das die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Karrierechancen von Frauen in Unternehmen befördert. Das jahrelang aufgebaute Know-How und die Netzwerke zwischen Kompetenzzentren und Unternehmen werden so wieder eingerissen.

Aber auch beim Thema Gewalt gegen Frauen – einem angeblichen Steckenpferd von Ministerin Ina Scharrenbach – kommen wir nicht weiter. Fast drei Jahre hat die Landesregierung nun gebraucht, ihre Bedarfsanalyse für die Frauenhilfe aus Beratungsstellen und Frauenhäusern zu veröffentlichen. Dennoch wurden immer mehr Finanzmittel bereitgestellt, ohne zu erklären, wie diese eingesetzt werden sollen. Das habe ich in den letzten Haushaltsdebatten und im Gleichstellungsausschuss immer wieder angemahnt. Mit über eineinhalb Jahren Verspätung wurde die Analyse nun kurz vor Weihnachten eröffnet. Die brennende Frage, in welchen Gebieten des Landes die wohnortnahe Versorgung mit Hilfsangeboten Lücken aufweist, beantwortet der Bericht leider nicht.

Wie ich ja nicht müde werde, immer und immer wieder festzustellen: Die Gleichstellungspolitik der Landesregierung bzw. von Ministerin Ina Scharrenbach ist plan- und ambitionslos. Und das, obwohl diese Landesregierung über so viel Geld wie nie verfügte. Eine Strategie ist aber weiterhin nicht zu erkennen.

Und das ist letztlich auch nach dieser Haushaltsberatung wohl mein Fazit zur Arbeit der Landesregierung: Sie schleppt alle Probleme bis zum Ende ihrer Amtszeit mit, ohne sie zu lösen: Das gilt für den Lehrermangel, für den jedes Jahr Stellen und Mittel veranschlagt werden, nur leider werden die Stellen nie besetzt. Das gilt auch für die Wohnraumförderung, die in den Städten einfach nicht vorankommt, Entfesselungsrhetorik Hin oder Her.

Und das ist letztlich auch nach dieser Haushaltsberatung wohl mein Fazit zur Arbeit der Landesregierung: Sie schleppt alle Probleme bis zum Ende ihrer Amtszeit mit, ohne sie zu lösen: Das gilt für den Lehrermangel, für den jedes Jahr Stellen und Mittel veranschlagt werden, nur leider werden die Stellen nie besetzt. Das gilt auch für die Wohnraumförderung, die in den Städten einfach nicht vorankommt, Entfesselungsrhetorik Hin oder Her.

Rede zum Gleichstellungshaushalt der Landesregierung: youtu.be/OUWo1JKeWk0

Kleine Anfrage „Plant die Landesregierung, die Arbeit der Kompetenzzentren Frau und Beruf zukünftig ohne die Kompetenzzentren fortzusetzen?“: bit.ly/3Fj5sGC

Kleine Anfrage „Kompetenzzentren Frau und Beruf: Wieso beantwortet die Landesregierung die Fragen der Kleinen Anfrage 5475 nicht?“: bit.ly/3J9MN2w

Kleine Anfrage „Ignoriert die Landesregierung die Erkenntnisse der Bedarfsanalyse in der Frauenhilfeeinfrastruktur?“: bit.ly/3J6aYyO



Über die Pflege hinweg: Pflegekammer wider Willen

Selten standen die Kranken- und Altenpflegefachkräfte so im Rampenlicht, wie in den vergangenen beiden Jahren. Nicht nur wurde in der Pandemie sichtbar, wie wichtig diese Menschen und ihre Arbeit für uns alle sind. Sondern auch, dass ihre Arbeitsbedingungen und Gehälter dieser Bedeutung in keiner Weise entsprechen. Arbeiten bis zur Erschöpfung nicht nur auf der Intensivstation. Sie wurden dafür gelobt und beklatscht. Und wir wissen alle, dass das zu wenig ist. Nun sind Gehälter für Pflegekräfte nicht Sache der Landesregierung. Doch nach eigener Aussage möchte sie die Pflege mit der Errichtung einer Pflegekammer stärken. Darin sollen alle Pflegekräfte Mitglied sein und zwar nicht etwa freiwillig, sondern per Zwangsmitgliedschaft mit Zwangsbeiträgen. Die Pflegekräfte sollen also gezwungen werden, von ihrem ohnehin schon knappen Lohn die Kammer zu finanzieren. Mitten in dieser Krisenzeit für die Pflege sorgt die Landesregierung so für mächtig viel Unruhe unter den Pflegekräften.

Der Widerstand der Pfleger*innen ist nämlich selbstverständlich groß. In zahlreichen Städten und vor dem Landtag gab es Kundgebungen gegen die Pflegekammer. Hier in Dortmund habe ich am 13. November teilgenommen und durfte einige kritische Worte in Richtung Landesregierung beitragen. Am Rande der Proteste konnte ich mit vielen Pflegekräften ins Gespräch kommen und ich kann den Unmut der Pflegekräfte einfach gut verstehen: Weder wurden sie gefragt, ob sie eine Kammer brauchen und wollen, noch ist klar, was sie davon eigentlich haben sollen. Der Gegenwert bleibt einfach unklar, denn Löhne und Tarifverträge kann die Kammer nicht aushandeln. Sie ist eben keine klassische Interessensvertretung wie Gewerkschaften, sondern übernimmt staatliche Aufgaben der Standardisierung, Qualitätssicherung und Kontrolle der Pflegenden.



Man kann eine berufsständische Vertretung einfach nicht gegen den Willen der Pfleger*innen einrichten. Das ist absurd. Und doch versucht die Landesregierung genau das: Statt die Pflegekräfte zu fragen und einzubinden, setzt man ihnen einfach eine Pflegekammer vor, die sie selbst bezahlen sollen. So stärkt die Landesregierung nicht die Pflege, sondern spaltet sie. Sie nimmt die Pflege nicht ernst, sondern gängelt sie.



Wir fordern deshalb seit Monaten eine Befragung aller Beschäftigten in der Pflege. Die Kammer braucht bei ihren Mitgliedern eine große Akzeptanz. Sonst muss sie scheitern. Das konnten wir in diesem Jahr in Niedersachsen beobachten: Hier wurde die Pflegekammer gerade nach viel Protest und einer Umfrage unter den Pflegekräften wieder abgeschafft. Viel Aufwand und Geld sind so in eine Bürokratie geflossen, die die Betroffenen nicht wollten und die deshalb gerade einmal 5 Jahre alt geworden ist.

So langsam erkennt auch die Landesregierung, dass man nicht über die Köpfe der Betroffenen eine solch weitreichende Entscheidung treffen sollte. Bis 2027 sollen nun die Mitgliedsbeiträge für die Pflegekammer vom Land übernommen werden. Die Hoffnung ist wohl, so mehr Zeit zu haben, um bei den Pflegekräften für die Pflegekammer zu werben. Wahrscheinlich will sie aber auch nur die politische Verantwortung auf die nächste Landesregierung abwälzen. Dass die Akzeptanz für die Pflegekammer gering ist, zeigen auch die Zahlen: denn bisher haben nur 60.000 der etwa 220.000 Pflegefachkräfte in NRW ihre Kontaktdaten bei der Pflegekammer hinterlegt. Da es keine Urabstimmung gab, haben sie mit den Füßen abgestimmt. Wollen wir hoffen, dass durch diese leichtsinnige Aktion der Landesregierung nicht noch mehr Pflegekräfte ihrem Job den Rücken kehren, als ohnehin schon durch Corona und schlechte Arbeitsbedingungen geschieht.



Rede auf der Kundgebung zur Pflegekammer NRW am 13.11.2021 in Dortmund:

[instagram.com/p/CWOPtsQK14m](https://www.instagram.com/p/CWOPtsQK14m)

Eine verpasste Chance: Das neue Versammlungsgesetz

Nach langem Tauziehen und vielen Verhandlungen wurde nun im Dezember auch das Versammlungsgesetz der Landesregierung verabschiedet. Dieser Vorstoß von CDU und FDP war seit Veröffentlichung des Gesetzentwurfes Gegenstand vehementer Kritik aus der Zivilgesellschaft, den Gewerkschaften und Jurist*innen. Ja sogar Vereinigungen von Fußball-Fans haben sich an der Kritik lautstark beteiligt. Und das hat seine Gründe: Denn in bester CDU-Manier werden Versammlungen nicht in erster Linie als grundgesetzlich garantiertes Grundrecht, sondern vor allem als potentielle Störung der öffentlichen Ordnung angesehen. Der Fokus lag auf dem Schutz vor Versammlungen, statt auf dem Schutz von Versammlungen: Gewerkschaften und Fußballfans fürchteten, sich wegen einheitlicher Kleidung nicht mehr versammeln zu können. Gegenkundgebungen, z.B. gegen Nazi-Aufzüge, drohten kaum mehr möglich zu sein. Die Videoüberwachung der Demonstrierenden sollte in unverantwortlicher Weise ausgeweitet werden. Kurz: Der gesamte Gesetzentwurf atmete die Angst des Staates vor einem unkontrollierbar gewordenem Volk.

Dass die Versammlungsfreiheit eines unserer höchsten Grundrechte ist, konnte man beim Lesen dieses Regelwerks jedenfalls fast vergessen. Dabei haben wir als SPD-Fraktion sogar vorgemacht, wie ein Versammlungsfreiheitsgesetz stattdessen aussehen könnte und bereits im November

2020 unseren eigenen Entwurf für ein Versammlungsgesetz eingebracht. Trotzdem hat es sich Innenminister Reul nicht nehmen lassen, einen Law-&-Order Entwurf in den Landtag einzubringen. Mit heißer Nadel gestrickt und unsauberen Begriffen, drohte so der behördlichen Willkür Tür und Tor geöffnet zu werden.

Nun haben CDU und FDP kurz vor der Entscheidung im Landtag endlich auf die Kritik reagiert und zumindest einige der Kritikpunkte aufgenommen. Zu meiner Überraschung nähert sich das jetzt verabschiedete Gesetz sogar in einigen Punkten unserem Entwurf an. Das ist schön und vor allem zeigt es, wie wichtig Kritik und Druck von Opposition und Gesellschaft auf die Regierung sind. Trotzdem ist das jetzt verabschiedete Gesetz, eine verpasste Chance für NRW auf ein modernes und liberales Versammlungsrecht. Denn es bleibt dabei, dass zahlreiche Verstöße gegen das Versammlungsrecht in NRW künftig strafrechtlich geahndet werden, die in anderen Bundesländern lediglich Ordnungswidrigkeiten sind. Wenn Menschen sich nicht rechtzeitig von einer Versammlung entfernen oder etwas falsch anmelden, soll das bereits ein Straftatbestand sein. Ich halte das für völlig überzogen. Und ich verstehe auch nicht, warum die Versammlungsfreiheit durch solch eine Drohkulisse überschattet werden muss. Die FDP ist ihrem Ruf als Partei der Freiheit hier jedenfalls wieder einmal nicht gerecht geworden.

Gesetzesentwurf der SPD-Landtagsfraktion NRW für ein „Versammlungsfreiheitsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen“: bit.ly/3mmUF6Y

Koalitionsfraktionen blockieren einen besseren Schutz von Mädchen und jungen Frauen vor Cybersexismus

Cybersexismus und Gewalt im digitalen Raum – bei diesem Thema sehen wir Handlungsbedarf, denn gerade Corona zeigte auf, dass sich die Lebenswelt vieler junger Menschen immer mehr in den digitalen Raum verlagert. Deswegen hatten wir im März einen Antrag eingebracht, der Präventions-, Schutz- und Aufklärungsmaßnahmen einfordert.

Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Frauen im Internet hat längst dramatische Ausmaße angenommen. Durch die Pandemie hat sich das digitale Nutzungsverhalten noch einmal deutlich verstärkt – davon sind auch Kinder betroffen. Laut einer Studie von ‚Plan International‘ geben 70 % der befragten Mädchen an, schon einmal über Social Media belästigt worden zu sein. Diese Entwicklung hat enorme Auswirkungen auf den Alltag und das reale Leben der Betroffenen. Wie schwerwiegend und vielschichtig dieses Problem ist, haben unterschiedliche Expertinnen in der Anhörung zu unserem Antrag wiederholt bestätigt. Doch weder die Landesregierung noch die Koalitionsfraktionen scheinen zu sehen, wie dringlich die Problematik ist. CDU und FDP haben unseren Antrag bei der abschließenden Beratung im Ausschuss abgelehnt, ohne Alternative aufzuzeigen. Das hat uns sprachlos gemacht.



Unser Ziel ist ein Umfeld, in dem sich jede und jeder sicher bewegen kann, ohne Anfeindung und Gewaltdrohungen erleben zu müssen. Dafür brauchen wir bedarfsorientierte Präventions- und Aufklärungsangebote. Wir müssen ein Bewusstsein für das Erkennen von virtuellem Missbrauch schaffen. Außerdem brauchen wir Meldeverfahren für Opfer, um sich gegen inakzeptables und unangebrachtes Verhalten zu wehren. Leider blockieren die Koalitionsfraktionen einen besseren Schutz von Mädchen und jungen Frauen vor Cybersexismus.

Butschkau unterwegs



Mit Inge Blask MdL und Sabine Poschmann MdB zu Gast auf dem AWO Schultenhof



Grußwort auf dem Festival „Willkommen Almanyia - 60 Jahre „Gastarbeiter“ von DIDF und VMDO.



Ganz viel Roma-Kultur steckt im Festival Djellem Djellem, auf das der U-Turm hinweist.



Meine MdL-Kolleg*innen Josef Neumann, Nadja Lüders und ich inspizieren den Trödelmarkt des CJD auf der Zeche Germania.



Dank dem Förderprogramm Moderne Sportstätten 2020 konnte der Tanzsportclub Dortmund seinen Tanzsaal in Lütgendortmund modernisieren.



Felix Pflaum absolvierte ein Praktikum in meinem Abgeordnetenbüro.



Mit unserem zukünftigen Ministerpräsident Thomas Kutschat und den Dortmunder Abgeordneten auf Sommertour bei der Bäckerei Grobe und der EDG.



Channuka am Phoenix-See mit Volkan Baran MdL und der Ratsvertreterin Andrea Keßler.



Aktionstag „Bezahlbares Wohnen“ der SPD-Landtagsfraktion NRW.



Bald auch im Landtag: Ausstellung „Heimat – Gestern – Morgen!?“ des Forum JUGEND und Frau Lose e.V.. Meine Begleitung: Landtagsvizepräsidentin Carina Gödecke.



Gedenken an die November-Pogrome.



Im Wahlkampfmodus: Vor Weihnachten verteilte ich mit fleißigen Genoss*innen in Lütgendortmund süße Weihnachtsgrüße.



Kundgebung der Gewerkschaften vor dem Landtag zu den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst der Länder.



Drei Tage lang auf meinem Platz im Plenarsaal: Sophia Neumann, Teilnehmerin des Jugend-Landtags.



Neuer Mitarbeiter im Landtag: Jan Westbrock.



Ausstellung #dranbleiben zu Unrecht und Gewalt an Frauen in der Bürgerhalle des Landtags.